

Verleihung der Carl-von-Ossietzky-Medaille an die Bürgerinitiative FREIE HEIDE e.V. am 14. Dezember 2003 in Berlin, Haus der Kulturen der Welt
Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

als wir vor drei Monaten auf unserer 85. Protestwanderung erfuhren, dass der Bürgerinitiative FREIE HEIDE in diesem Jahr die Carl-von-Ossietzky-Medaille verliehen werden sollte, gab es einen langen, langen Applaus in der nordbrandenburgischen Zempower Kirche. Denn: In diesen Septembertagen herrschte eine angespannte Stimmung in der Region von Waren bis Neuruppin, in Mecklenburg und Brandenburg, hatte doch das Bundesverteidigungsministerium angekündigt, spätestens Ende des Monats mit den Bombenabwürfen über der Kyritz-Ruppiner beginnen zu wollen.

Wir brauchten Optimismus und Mut, um weiterhin mit Hoffnung in die Zukunft gehen zu können. Da kam dann für uns diese freudige Mitteilung!!

Dass wir heute die Carl-von-Ossietzky-Medaille entgegennehmen dürfen, ist für uns eine ganz außerordentliche Ehrung. Diese Medaille gehört in der Bundesrepublik zu den Auszeichnungen, die im ganzen Land wahrgenommen werden. Wir haben das in den vergangenen Tagen an dem Medieninteresse explizit erfahren. Mit dieser Ehrung stehen wir in einer Reihe von Persönlichkeiten und Gruppen, die für die Nachkriegsgeschichte speziell in westlichen Teil, aber in ihrer Wirkungsgeschichte auch in ganz Deutschland prägend waren. Die mit ihrem Wirken und ihrer Arbeit für Demokratie, Frieden, Gerechtigkeit, Versöhnung und Verantwortung eingetreten sind. Die sich für Grund- und Menschenrechte eingesetzt haben. So, wie es Carl von Ossietzky tat, der sich nicht einschüchtern ließ, sondern für seine Überzeugungen mit aller seiner Lebenskraft eintrat. Den die Nazis so fürchteten, dass sie ihn nach dem Reichstagsbrand 1933 verhafteten und ins KZ brachten, ihn erst nach der Verleihung des Friedensnobelpreises und weltweiter Proteste wieder freiließen.

In dieser Tradition heute hier stehen zu dürfen ist nicht nur eine ganz besondere Ehre, sondern zugleich auch eine Verpflichtung. Die Verpflichtung, sich gegen Militarisierung und für freiheitliche Gesinnung und Demokratie einzusetzen.

Dafür steht die Bürgerinitiative FREIE HEIDE nun mittlerweile seit elfeinhalb Jahren. Als im Juni 1992 bekannt wurde, dass die Bundeswehr - entgegen aller früheren Behauptungen - die 14.000 ha große Fläche im Herzen des heutigen Landkreises Ostprignitz-Ruppin beehrte, war die Empörung groß.

Dieses Relikt des Kalten Krieges, der vom Warschauer Pakt genutzt und mit

stalinistischen Methoden eingerichtete Bombenabwurfplatz unweit von Westberlin, sollte nun plötzlich der Bundeswehr vererbt sein. Auf einmal verstand sie sich als Rechtsnachfolgerin der Roten Armee. Mit kurzen amtlichen Mitteilungen glaubte das Verteidigungsministerium ausreichend informiert zu haben.

Der Widerstand, der sich sehr bald bildete, basierte auf mehreren Quellen. Die Menschen und die Landschaft rund um das Bombodrom hatten vierzig Jahre eine unverhältnismäßige Belastung auszuhalten gehabt, die die Bewohner nicht mehr hinnehmen wollten. Die vorausgegangenen Zwangsenteignungen hatten ihre Spuren hinterlassen. Die Prüfung der Rechtsgrundlagen ließ eine Klage als sinnvoll und angebracht erscheinen, diese wurde dann auch bald sehr erfolgreich erhoben. Und nicht zuletzt: Auf diesem Platz sollen keine Kriegsübungen oder wie heutzutage beschönigend umschrieben wird militärische Einsätze in aller Welt geprobt werden.

Von der deutschen Verfassung her sind Angriffskriege nicht erlaubt, ja im Gegenteil:

Die Vorbereitung und Führung eines Angriffkrieges wird in § 26 unter Strafe gestellt! Deshalb wird Deutschland heutzutage laut dem Verteidigungsminister ja auch bereits am Hindukusch verteidigt. Außerdem, so heißt es in einem weiteren Auftragspapier des Verteidigungsministeriums, soll die Bundeswehr den Zugang zu den Rohstoffmärkten der Welt sichern.

Die Rechtfertigungsschwierigkeiten, die die Bundeswehr nach der Wende hatte, scheinen heute, ein gutes Dutzend Jahre später, nicht mehr vorhanden. An einem neuen Auftrag der Armee wird seit Jahren unter sozialdemokratischen Ministern gearbeitet, die Unentbehrlichkeit einer in der ganzen Welt einsetzbaren deutschen Armee wird restituiert.

Auch wir haben diese Veränderungen deutlich erleben können. Während Anfang der 90er Jahre fast alle außer der damaligen Regierungskoalition der CDU/CSU und FDP das Ende dieses riesigen Bombenareals forderten, sehen wir heute Verschiebungen. Nahmen zum Beispiel in den ersten drei Jahren die meisten Brandenburger Minister einschließlich des Ministerpräsidenten an Veranstaltungen der FREIen HEIDe teil, so hatte sich das in der zweiten Hälfte der 90er Jahre verändert. Die nach der Wende noch bestehende Volksnähe, wandelte sich im Laufe der Zeit in folgsame Staatsräson. Während des Kosovokrieges und nachdrücklicher noch nach den Terrorangriffen in den USA wurde uns Einsicht in die Notwendigkeit des Bombodroms versucht zu suggerieren. Einige Medienvertreter deuteten Gefühle und Stimmungen in unserm Lande promilitärisch. Dass man jedoch Terror mit Krieg nicht beseitigen kann, ist wiederholt plausibel dargestellt worden.

Dass Krieg allerdings wiederum Terror erzeugt, müssen wir leider tagtäglich erleben! Der Wahnsinn der Gewaltspirale wirkt in allen Erdteilen.

Es gibt kein Konzept für eine gemeinsam gestaltete Welt. Die Globalisierung ist vorrangig auf die wirtschaftliche Ausbeute hinsichtlich des Weltmarktes orientiert; soziale, ethische und damit auch die Friedensfragen werden hinten an gestellt. Die aktuelle Weltlage aber wird mitbestimmt von Kriegen und Konflikten, welche angeblich die Ideale der Freiheit und der Demokratie verwirklichen sollen, die dafür aber in Kauf nehmen, unschuldige Menschen zu Opfern zu machen (Kollateralschaden). Das Ideal der Freiheit wird zum Hammer, mit dem man andere erschlägt. Krieg als normales Tagesgeschehen.

Auch in der deutschen Politik insgesamt ist eine Wandlung festzustellen. Während in den vergangenen Jahrzehnten Krieg für viele Politiker nicht vorstellbar war, wird er seit einigen Jahren durchaus als ultima ratio, als letztes Mittel, angesehen. Dabei ist jedoch keine klare Linie festzustellen: Verteidigungsminister Struck hat im Sommer d.J. festgestellt, es gäbe keine konventionellen Kriege mehr. Die Bedrohungen seien asymmetrisch. Andererseits sollen genau Kriegsübungen in konventioneller Art auf dem Bombodrom stattfinden, ginge es nach dem Willen der Militärs. Tiefflieger sollen aus absoluter Mindesthöhe (30 m) Bodenziele (Panzer usw.) vernichten. Um die größtmögliche Sicherheit der Piloten im Kriegseinsatz zu ermöglichen, müssen sie bei Wittstock diese Tiefflugübungen durchführen, begründet der Verteidigungsminister.

Im Rahmen der sogenannten Krisenreaktion, sagt dazu im Gegensatz Brigadegeneral a.D. Hermann Hagen, werden solche Einsätze wie auf dem Bombodrom geplant, in Zukunft nicht mehr stattfinden. Die Tornados werden stattdessen demnächst mit Abstandswaffen, die auf eine große Entfernung angelegt sind, ausgerüstet.

Diese und andere Widersprüchlichkeiten ziehen sich durch die ganze Auseinandersetzung um das Bombodrom. Lange Zeit war ein Hauptargument des Verteidigungsministeriums für die Neueinrichtung dieses Platzes, auch der Osten müsse Lasten tragen. Um die beiden Plätze in Siegenburg und Nordhorn zu entlasten, brauche man Wittstock. Dabei wurde hoch gepokert, trotz ständig abnehmender Einsätze rechnete man für Wittstock jährlich 3.000 - mit je zehn Einzelflügen. Als das gerichtlich auferlegte Anhörungsverfahren vor zwei Jahren eröffnet wurde, reduzierte man diese Zahl auf 1.700 - mit je fünf Einzelflügen, schließlich hatte es im ganzen Jahr nur noch 1.400 Einsätze im Land überhaupt gegeben. Auch die möglichen Nutzungsarten wechselten ständig während der rechtlichen Auseinandersetzung.

Man kann sich daher nicht dem Eindruck entziehen, die Bundeswehr habe aus

ihrer eigenen Logik kein zwingendes Argument, diesen Platz zu nutzen, außer sich unbedingt an einem so großen Gelände mit all seinen potentiellen Möglichkeiten festzukrallen. Die von verschiedenen Seiten wiederholte Forderung, einen Beweis für die militärische Notwendigkeit des Bombodroms zu erbringen, blieb das Verteidigungsministerium bis heute schuldig. Man muß fragen: Welche eigentlichen Pläne stecken da in der Schublade?

Dass nach Bundeswehrkriterien die Landkreise Ostprignitz-Ruppin, Mecklenburg-Strelitz und Müritz sowieso kaum besiedelt sind, weil es dort keine Städte mit über 100.000 Einwohnern gibt, sei nur nebenbei bemerkt, aber macht vielleicht die Arroganz der Militärs verständlicher. Wie ja auch ihre spezifische Sensibilität deutlich wird, in dem sie die Menschen rings ums Bombodrom des kollektiven „Russensyndroms“ bezichtigt.

Vor elf Jahren hieß es, der Osten muß Lasten tragen, heute heißt es, es wäre unverantwortlich, Piloten in den Krieg zu schicken, ohne sie vorher ausreichend auf dem Bombodrom üben zu lassen. Es ist bezeichnend für die Entwicklung, wie offen die zunehmende Militarisierung zutage tritt. Wir finden es unverantwortlich, überhaupt deutsche Flugzeuge mit Bomben in alle Welt zu schicken, ob mit NATO-Auftrag oder als Eurokorps! Wir können nur froh sein, dass 2002 eine Bundestagswahl anstand und die Regierung damit richtig lag, dass das Wahlvolk keine deutsche Kriegsbeteiligung wollte. Doch leider ist diese zurückliegende Entscheidung kein Garant für Ihr Verhalten in den nächsten Konflikten. Um weiter hier Maßstäbe zu setzen, müssen all die Menschen, die Anfang 2002 diesbezüglich auf die Straße gingen, fernerhin wach bleiben.

Die Demokratie regelt nichts von allein. Das haben wir in der Vergangenheit zur Genüge erfahren. Besonders Spitzenpolitiker der SPD haben ihre Unglaubwürdigkeit zur Genüge unter Beweis gestellt. Zwei von denen, die sich besonders deutlich gegen das Bombodrom geäußert hatten, gab das politische Schicksal Gelegenheit, den Worten Taten folgen zu lassen. Die Ergebnisse sind bekannt. Die Landes-SPD von Brandenburg fasste vor wenigen Wochen einen Beschluß zur zivilen Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide mit dem Auftrag an die Landesregierung, dahingehend tätig zu werden. Aber die Landesregierung, in der die SPD Seniorpartner ist, sieht keinen Handlungsbedarf. Wen wundert's, ist der Verteidigungsminister ja auch der SPD.

Wir haben in Deutschland eine reine Parteiendemokratie, aber keine Bürgerdemokratie, und das belastet das Land in vielerlei Hinsicht! Die Bundespräsidenten von Weizsäcker, Herzog und Rau forderten in der jüngeren Vergangenheit immer wieder mehr Engagement der Bürger im Lande zur Sicherung und Festigung der Demokratie. Doch muß dieses Engagement auch

seinen festen und geachteten Platz haben, sonst ist noch mehr Politikverdrossenheit zu befürchten. Denn bisher, das ist unsere Erfahrung, legt die sogenannte Politik sehr wenig Wert auf ehrenamtliches Bürgerengagement außer im sozialen Bereich. Aber, und das wollen wir hier ausdrücklich würdigen, es gibt Politiker im Landkreis- und Kommunalbereich, die sich nicht einfach bequem zurücklehnen und darauf verweisen, man könne in der großen Politik nicht bewegen, sondern die sich gemeinsam mit uns für eine freie Heide einsetzen. Darüber sind wir sehr dankbar.

Das Engagement der vielen Menschen in der FREIen HEIDe ist eine ehrenamtliche gesellschaftliche Arbeit, die basisdemokratisch versucht, sich friedlich und gewaltlos für die zivile Nutzung der Heide einzusetzen. Wir haben etliche Enttäuschungen in dieser Zeit hinnehmen müssen und gemerkt, dass manche Parteien austauschbar sind. Aber wir haben viel mehr erreicht: unsere Region lebt seit elf Jahren ohne militärische Übungen. Das Verteidigungsministerium mußte lernen, dass eine Ausweitung der militärischen Einsätze nicht ohne weiteres möglich ist, dabei mußte es auch lernen oder ist immer noch dabei, sich an die gesetzlichen Vorgaben in der Bundesrepublik zu halten. Wir sind froh, dass es eine eigenständige Gerichtsbarkeit gibt.

So manche Protestwanderung und mancher Gerichtstermin liegen wohl noch vor uns. Zum Glück ist unser Atem lang, das hat die Vergangenheit bewiesen. Wir haben gemerkt, wie viel Kraft wir erhalten, weil es viele Menschen gibt, die sich gemeinsam für dieses Abrüstungsvorhaben einsetzen, nicht weil wir dafür bezahlt werden, sondern weil wir für die Vision einer gerechteren Welt etwas vor unserer Haustür tun können. Dieser gemeinsame Weg füllt zwar nicht unsere Portemonnaies, aber unsere Herzen.

Wir wissen, warum wir uns unser wieder zu unseren Protestwanderungen treffen, warum wir uns von dem Ziel einer von Kriegsübungen befreiten Heide nicht abbringen lassen. Und wir tun dies nicht nur für unsere Region, sondern für unser ganzes Land. Und dies als ständig wachsende Bewegung.

Für die weitere vor uns liegenden große Strecke bekommen wir heute von Ihnen, sehr verehrte Mitglieder der Internationalen Liga für Menschenrechte, eine wichtige Wegzehrung.

Wir möchten Ihnen dafür sehr, sehr danken!

Benedikt Schirge